11

ECHO DER ARBEIT

HÜTTENWERK OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAFT



thyssenkrupp Corporate Archives

ECHO DER ARBEIT

Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen AG, Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66. Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Manfred Ph. Obst. Anschrift der Redaktion: Essener Straße 64, Telefon 2 41 31, Nebenstelle 281; Werksruf 38 47. Druck: VVA-Druck, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH., Oberhausen. Klischees: Vignold, Essen. — Das ECHO DER ARBEIT erscheint zweimal monatlich und wird allen Werksangehörigen der Hüttenwerk Oberhausen AG einschließlich des Drahtwerkes Gelsenkirchen und des Südhafens Walsum unentgeltlich zugestellt. Auflage: 15 000.

Jahrgang 3 Juni 1952 Nummer 11



Zwei erfolgreiche „Vorschläger" stellt unser heutiges Titelbild vor: Werkmeister Kämper und Betriebsschlosser Fritz Wittenberg. Gemeinsam entwickelten sie eine Ausschleifvorrichtung für die Schwingen der Heusinger-Loksteuerung, mit der das Ausschleifen schneller und genauer möglich geworden ist.
Beide Kollegen wurden mit je einer Prämie in Höhe von 150 DMark belohnt.
Fritz Wittenberg konnte bereits in Nummer 8 des ECHO DER ARBEIT (Seite 87) als Pionier des Vorschlagwesens genannt werden. Wer tut es den beiden erfolgreichen Hüttenwerkern nach?
Willi Kleppe hat sich übrigens auch so seine Gedanken über Verbesserungen gemacht. Was er dazu meint, ist auf Seite 132 zu lesen.

Einem Teil der heutigen Auflage wird eine Postkarte beigefügt, die von Interessenten ausgefüllt und in die gelben Redaktions-Briefkästen gesteckt werden kann. Es handelt sich um eine Feststellung, wie stark das Interesse an der Errichtung von Kindergärten an der Ripshorster Straße und am Knappenmarkt ist.

Leiden Sie an Telefonitis?



Rufen Sie mich bitte nicht zwischen zwölf und zwei an. Sie erreichen mich nicht. Keinesfalls. Zwar sitze ich dann kaum zwei Handbreit vom Telefon weg, aber es ist für mich so unerreichbar, als säße ich frierend irgendwo am Nordpol.

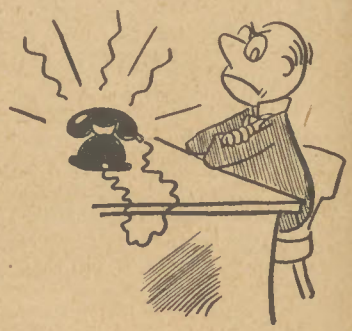
Wählen Sie ruhig meine Nummer, es wird immer nur das bösartige „Besetzt"-Brummen zu hören sein. Und das hat seinen guten Grund.

Zwischen zwölf und zwei ist die große Aktivität, die unser Werk durchpulst, am besten spürbar. Alle Anschlüsse, in deren Nähe sich weibliche Wesen befinden, werden auf Hochtouren gebracht.

Man kann nicht sagen, die dann geführten Gespräche trügen streng dienstlichen Charakter. O nein, aber schließlich ist es — zumindest in der Auffassung der von der Telefonitis Befallenen — unumgänglich, nun endgültig zu erfahren, ob Otto tatsächlich mit Paula am letzten Sonntag die Radpartie unternommen, Elvira das unmögliche Kleid angehabt und man den neuen Film gesehen hat. Wann sollte man das schließlich auch sonst erfahren? Man tauscht Kochrezepte, Lebensweisheiten und Familiensorgen, Modehinweise, Einladungen und Wettervoraussagen untereinander aus und kennt ein teuflisches System, diese Gespräche nie erlahmen zu lassen. Und wenn, was tieftraurig wäre, alle besten Freundinnen und auch alle zweitbesten Freundinnen gerade durch anderweitige Gespräche unerreichbar sein sollten, so hat man immer noch die Ausweichmöglichkeit, durch einen Anruf bei der amtlichen Zeitdurchsage festzustellen, daß die Zeit unsere schöne Welt immer noch im Sauseschritt durcheilt.

So, nun habe ich es mir vom Herzen gewälzt. Nun habe ich gesagt, daß man von der Seuche „Telefonitis", gegen die kein Kräutlein gewachsen zu sein scheint, ergriffen ist. Nun wäre nur noch zu erwähnen, daß nicht alle Damen von dieser Krankheit befallen sind, dafür aber auch nicht alle Männer sich der telefonischen Enthaltsamkeit befleißigen.

Das Geld, das monatlich „vertelefoniert" wird, möchte ich haben. Ich brauchte nicht mehr zu arbeiten. Aber darauf kommt es vielleicht erst in zweiter Linie an. Wichtiger ist die Feststellung, daß jedes unnütze Privatgespräch Stockungen im Betriebsablauf mit sich bringt.



Privatgespräche gehören nun einmal nicht in den Werksalltag. Auch dann nicht, wenn Franziska am Vortage in der Tat ein ganz unmögliches Kleid angehabt hat . . .

HEUTE

Wer's weiß, spart Geld Seite 124
Die Mannschaftsräume wachsen Seite 125
Kostbarer als man denkt: Wasser Seite 126
Eisen und Stahl - gestern, heute und morgen Seite 128

thyssenkrupp Corporate Archives

Betriebsrat der
Hüttenwerk Oberhausen AG

Oberhausen, den 4. Juni 1952

Bekanntmachung

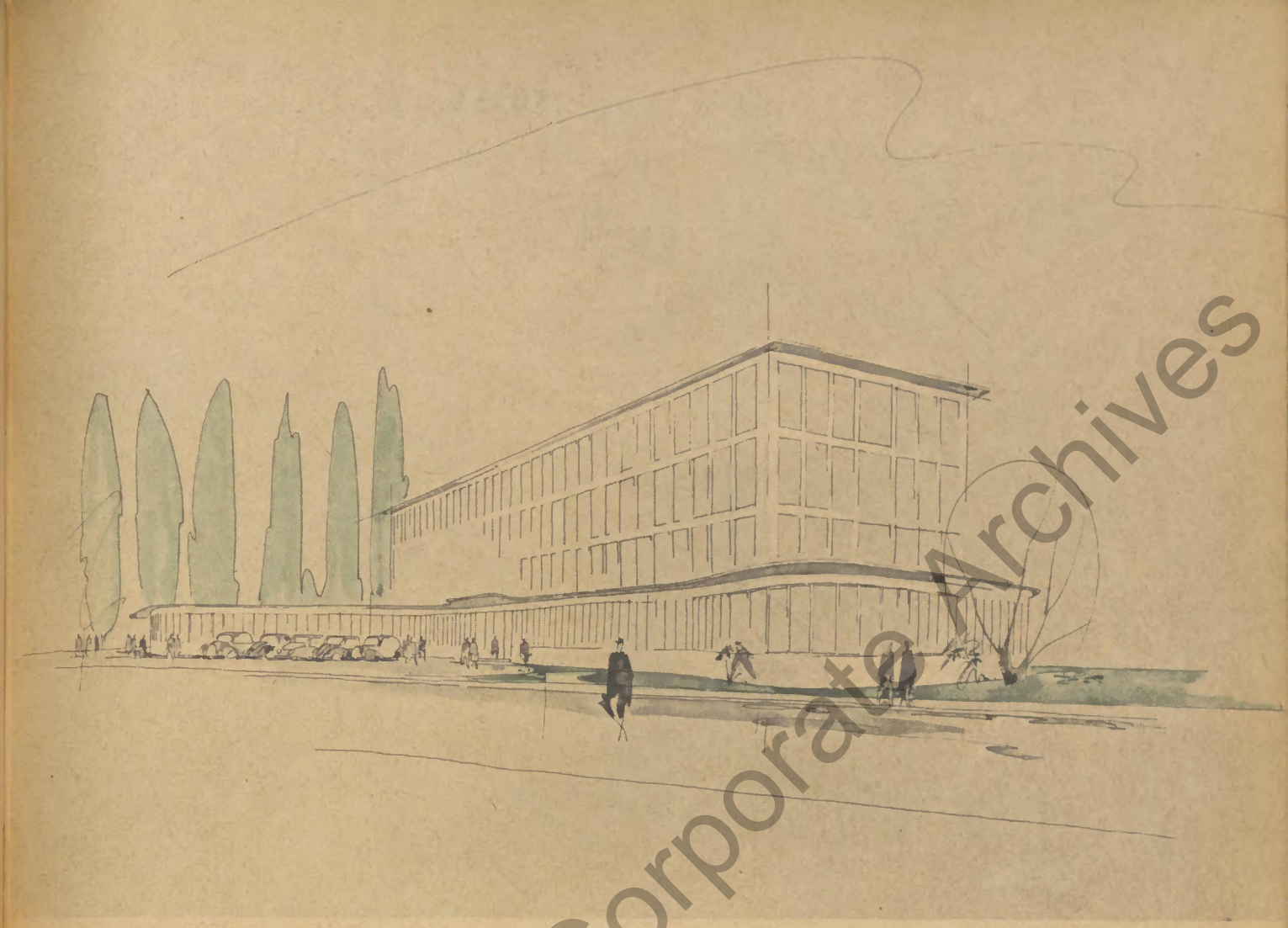
Am Sonntag, dem 8. Juni 52, findet um 9 Uhr im großen Saale des Werksgasthauses die BELEGSCHAFTSVERSAMMLUNG des Stahlwerks statt, an die wir Sie nochmals erinnern möchten. Um 10 Uhr die allgem. BELEGSCHAFTSVERSAMMLUNG aller Betriebe mit folgender Tagesordnung:

Punkt 1 Produktionsbericht (Bommer)
Punkt 2 Personalberichte für Arbeiter und Angestellte (Hardung, Pehmler)
Punkt 3 Berichte der Ausschüsse
Punkt 4 Verschiedenes

Ich bitte, auch von Ihrer Seite die Herren zu benachrichtigen, welche die Berichte vortragen.

gez. W. Voßkühler
(1. Vorsitzender)

thyssenkrupp Corporate Archives



Gelsenkirchens Verwaltungsgebäude

Würdige Räume für Sozial- und Verwaltungsdienststellen entstehen - Erster Spatenstich bereits erfolgt

Der Mittwoch, den uns der 28. Mai bescherte, war regnerisch und windig. Daß ein paar hundert Meter nördlich der Gelsenkirchener Kreuzung Emschertalbahn und König-Wilhelm-Straße Baubuden errichtet wurden, nahm deshalb außer den „Zuständigen" kaum jemand zur Kenntnis, geschweige denn, daß den Gelsenkirchenern eine Festtagsstimmung überkommen wäre.

Und doch sind diese Baubuden reales Anzeichen dafür, daß die Angestellten des Drahtwerkes über kurz oder lang aus ihrem tristen Nachkriegs-Barackenleben erlöst werden. Aus den Plänen zum Bau des Verwaltungsgebäudes wird nun lebenerfüllte Wirklichkeit.

Der Auftrag zur Schaffung des Bauwerkes fiel, nach einem beschränkten Wettbewerb, an den Wiesbadener Architekten Prof. Dr. Rimpl und den Gelsenkirchener Architekten Otto Prinz. So schlicht sich dieses Verwaltungsgebäude dem Betrachter auch präsentieren wird, seine Stahlbeton- und Skelett-Konstruktion ist dennoch sowohl eindrucksvoll als auch modern, was nicht zuletzt durch die kurvenförmige Raumgruppierung erreicht wird.

Das Gebäude wird im Erdgeschoß die Sozialabteilung, das Versand- und Lohnbüro, eine Empfangshalle, einen Sitzungssaal sowie eine Reihe von Büroräumen der Hauptverwaltung aufnehmen. Im ersten und zweiten Obergeschoß werden Einkauf und Verkauf untergebracht, während das dritte Obergeschoß in erster Linie späteren Erweiterungen vorbehalten bleibt.

Das Verwaltungsgebäude entsteht unter modernen Gesichtspunkten. Weder sind Bäder und Duschräume vergessen, noch die sich immer mehr durchsetzende Neonbeleuchtung. Es besteht berechtigte Aussicht, daß Gelsenkirchen bereits Anfang des kommenden Jahres um dieses Bauwerk bereichert sein wird.

Bis dahin müssen sich die in Baracken und anderen Behelfsräumen notdürftig und verstreut untergebrachten Dienststellen gedulden. Die Gründungsarbeiten gestalten sich recht schwierig, da das Bauwerk an einer alten Emscher-Schlemke ersteht und der Baugrund erst in fünf bis sechs Meter Tiefe erreicht wird. Die Ausführung dieser Arbeit liegt bei der Firma Lorentz (Berlin), während die sich anschließenden Beton- und Maurerarbeiten von der Firma Stecker und Roggel (Gelsenkirchen) in die Hand genommen werden.

thyssenkrupp Corporate Archives

Wer's weiß, spart Geld / Wichtige Hinweise über Lohnsteuer - Freibeträge

Da ab Januar 1952 die Lohnsteuer-Richtlinien in vielen Fällen geändert wurden, und außerdem festgestellt wurde, daß ein Teil der Belegschaft von den Möglichkeiten zur Erlangung eines steuerfreien Betrages noch keinen Gebrauch gemacht hat, seien nachstehend die wichtigsten Hinweise aufgeführt. Dabei wird erneut auf die Steuerberatungsstellen aufmerksam gemacht, die geöffnet sind:

Für Arbeiter dienstags und donnerstags in der Zeit von 9—12 Uhr und 13—16.30 Uhr im Lohnbüro, Verwaltungsgebäude, Tor 2. Für Angestellte jeden Dienstag und Freitag in der Zeit vom 5. bis einschließlich 15. eines jeden Monats ab 15 Uhr im Gehälterbüro.

Folgende Gruppen sind bei den Lohnsteuerermäßigungsanträgen zu unterscheiden:

1. Werbungskosten sind Ausgaben, die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Arbeitslohnes dienen. Da in der Lohnsteuertabelle bereits ein Pauschalbetrag von monatlich DM 26,— berücksichtigt ist, werden nur Aufwendungen anerkannt, die diesen Betrag übersteigen. Werbungskosten sind: Beiträge zu Berufsständen und Berufsverbänden (Gewerkschaftsbeiträge usw.); Berufskleidung (nur typische Berufskleidung); doppelte Haushaltsführung (anerkannt werden für Verpflegung täglich DM 4,—, eine Familienheimfahrt monatlich, Unterbringungskosten am Beschäftigungsort); Fahrtauslagen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte; Fortbildungskosten im Beruf (Fachzeitschriften, Fortbildungslehrgänge und dergleichen); Umzugskosten (wenn der Umzug beruflich begründet ist und die Firma die Kosten nicht erstattet); Wohnungsbauzuschüsse im Rahmen des Paragraphen sieben c ESTG.

2. Sonderausgaben. Auch hier ist in der Steuertabelle ein Pauschalbetrag von monatlich DM 39,— eingerechnet. Nur die diesen Betrag übersteigenden Kosten werden als Freibetrag auf der Steuerkarte eingetragen. Voll abzugsfähig sind: Kirchensteuer, Schuldzinsen und Renten, die nicht mit steuerfreien Einkünften in Zusammenhang stehen, Vermögenssteuer. Begrenzt abzugsfähig sind: Bausparkassenbeiträge, Beiträge und Versicherungsprämien zu Angestellten-, Erwerbslosen-, Haftpflicht-, Invaliden-, Knappschafts-, Kranken-, Lebens- und Unfallversicherungen, sowie an Sterbe-, Versorgungs-, Waisen- und Witwenkassen, Genossenschaftsanteile (erster Erwerb von Anteilen), Kapitalansammlungsverträge (unter anderem dreijährige Sparverträge), Spenden zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser und wissenschaftlicher Zwecke.

Höchstbeträge für begrenzt abzugsfähige Sonderausgaben: Diese Aufwendungen sind bis zu einem Jahresbetrag von DM 800,— abzugsfähig. Dieser Betrag erhöht sich um je DM 400,— für die Ehefrau und für jedes Kind, für das Kinderermäßigung auf der Lohnsteuerkarte eingetragen ist.

Vollendet der Arbeitnehmer oder dessen Ehefrau das 50. Lebensjahr, so verdoppeln sich die festen Abzugsbeträge von DM 800,— auf DM 1600,— beziehungsweise von DM 400,— auf DM 800,—, und zwar von dem Jahre ab, in dem der Arbeitnehmer oder sein Ehegatte das 50. Lebensjahr vollendet.

Spenden für mildtätige, kirchliche und wissenschaftliche Zwecke sind bis zur Höhe von insgesamt 10 Prozent des Arbeitslohnes abzugsfähig.

3. Außergewöhnliche Belastungen werden nur bei Überschreitung der zumutbaren Eigenbelastungsgrenze anerkannt, das heißt die Aufwendungen müssen die Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers nur insoweit wesentlich beeinträchtigen, als sie die folgenden Hundertsätze des Einkommens übersteigen:

Bei einem Jahreseinkommen von DM (vermindert um die Werbungskosten und Sonderausgaben, mindestens aber um den Pauschalbetrag von DM 780,—)			Steuerklasse I	II	III 1 u. 2 Kinder	III 3 u. mehr K.
	höchstens	3 000,—	6	5	3	1
mehr als	3 000,— bis	6 000,—	7	6	4	2
mehr als	6 000,— bis	12 000,—	8	6	5	2
mehr als	12 000,— bis	25 000,—	8	6	4	3
mehr als	25 000,— bis	50 000,—	10	6	4	3
mehr als	50 000,— bis	100 000,—	9	6	4	3

Außergewöhnliche Belastungen sind: Ausstattung und Aussteuer der Kinder, Besatzungsschäden, Bestattungskosten, Diätkosten und Heilmittel, Geburtskosten, Getrenntleben von Ehegatten (nur die Mehraufwendungen), Hausgehilfin (wird anerkannt bei drei Kindern unter 14 Jahren oder wenn bei einer wesentlich körperlich behinderten Person eine Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 45 Prozent vorliegt, oder wenn der Steuerpflichtige oder ein Ehegatte das 70. Lebensjahr vollendet hat oder körperlich hilflos ist. Die Aufwendungen werden mit DM 50,— monatlich berücksichtigt), Kapitalabfindungen, Krankheitskosten, Kuren (nur auf ärztliche Anordnung), Schäden (Brand-, Diebstahl-, Hochwasser- und Unwetterschäden; nur für notwendige Aufwendungen), Scheidungskosten, Schuldentilgung (zum Beispiel durch Krankheit), Teilgeschädigte (Verlust von Hausrat und Kleidung durch Kriegseinwirkung), Uneheliche Kinder (Unterhaltsbeitrag des Vaters), Unterhaltsgewährung an mittellose Angehörige (unter bestimmten Voraussetzungen), Unterhaltsgewährung an Kinder (zum Beispiel Unterbringung in einer Taubstummen- oder Blindenanstalt).

4. Freibeträge für besondere Fälle. Flüchtlingen, Vertriebenen und politisch Verfolgten, Personen, die nach dem 30. 9. 1948 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind (Spätheimkehrer), sowie Personen, die Hausrat und Kleidung infolge Kriegseinwirkungen verloren haben (Totalgeschädigte) und dafür höchstens eine Entschädigung von 50 Prozent des Kriegsschadens erhalten haben, wird auf Antrag ein Freibetrag in der folgenden Höhe gewährt: DM 540,— bei Personen der Steuerklasse I; DM 720,— bei Personen der Steuerklasse II; DM 840,— bei Personen der Steuerklasse III.

Der Betrag von DM 840,— erhöht sich für das dritte und jedes weitere Kind, für das dem Steuerpflichtigen Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, um je DM 60,—.

Eine Verdopplung dieser Pauschalbeträge fällt ab 1. 1. 1952 fort, da die Sätze vom gleichen Zeitpunkt gegenüber den Vorjahren erhöht wurden.

Bedeutungsvoll ist, daß diese Vergünstigungen nicht nur dem Steuerpflichtigen gewährt werden, sondern auch seiner Ehefrau, wenn diese Totalgeschädigte, Flüchtling usw. ist.

5. Freibeträge für Körperbeschädigte und Hinterbliebene. Körperbeschädigte Arbeitnehmer (Kriegsbeschädigte oder durch Geburtsfehler, Krankheit oder Unfall behinderte Personen) erhalten bei einer Erwerbsminderung von mindestens 25 Prozent unter Vorlage des Rentenbescheides, einer amtlichen Bescheinigung des zuständigen Versicherungsamtes oder Gesundheitsamtes oder einer Bescheinigung der Hauptfürsorgestelle für Schwerbeschädigte einen Freibetrag.
Ebenso können den Freibetrag die Hinterbliebenen von Körperbeschädigten, politisch Verfolgten, Gefallenen und Verschollenen, sowie die Angehörigen von Vermißten und Kriegsgefangenen beantragen. Diese Fälle müssen aber durch Rentenanspruch begründet sein.

6. Auswärtige Unterbringung von Kindern. Bei auswärtiger Unterbringung eines sich in Berufsausbildung befindlichen Kindes, für das Kinderermäßigung zusteht oder gewährt wird, bescheinigt das Finanzamt ohne Rücksicht auf die Eigenbelastungsgrenze zusätzlich einen Betrag von DM 25,— monatlich.

Diebstahl von Blechen im Bl

Der bereits in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Diebstahl von Blechen im Blechwalzwerk hat zur fristlosen Entlassung von fünf Belegschaftsmitgliedern geführt.

Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen haben ein schweres Verschulden eines Mülheimer Transportunternehmers ergeben. Die Untersuchungen, die von der Kriminalpolizei durchgeführt werden, sind gegenwärtig noch nicht abgeschlossen, so daß eine genaue Darstellung dieser Angelegenheit vorerst unterbleibt, um nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Die Belegschaft wird nach Abschluß der Ermittlungen über diese Angelegenheit informiert werden.

Einige Jahres-Bände „Echo der Arbeit" sind noch nicht abgeholt worden. Sie können täglich zwischen 8 und 17 Uhr in der Redaktion, Essener Straße 64, abgeholt werden.

thyssenkrupp Corporate Archives

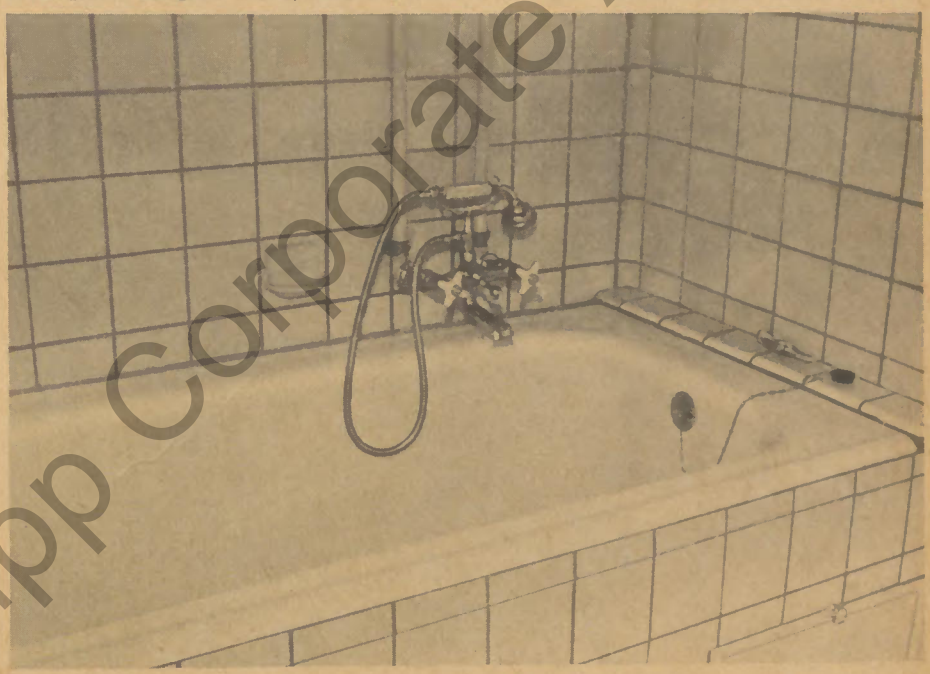
Blitzblank und nagelneu

Die Mannschaftsräume wachsen





Geradezu behaglich zu nennen ist der Aufenthaltsraum (oben). Die vielen Waschbecken (unser Bild links zeigt nur ein paar der insgesamt 35) züchten Reinlichkeitsfanatiker. Jene aber, die etwas „mehr anlegen" wollen, können getrost in eine der schönen Wannen (unten) steigen.



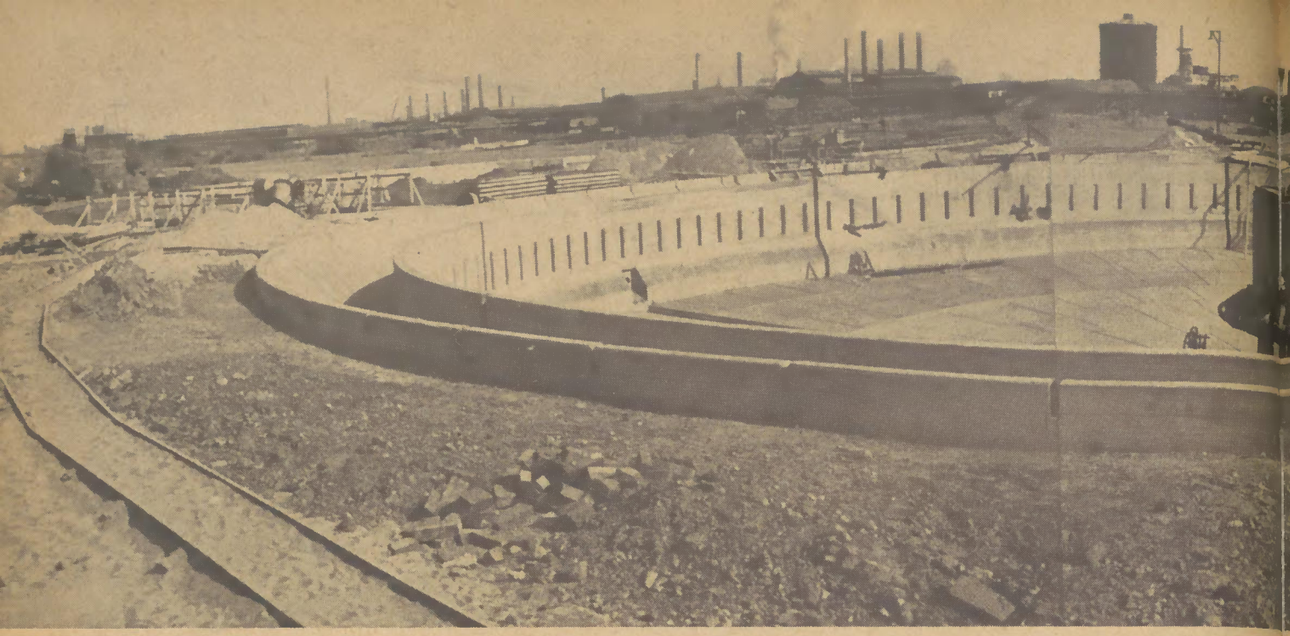
Die Männer der Sozialbetriebe (früher Kleinwerkstätten) schmunzelten, als sie zum ersten Male ihre neuen Mannschaftsräume „inspizierten". Siebzehn Brausen, zwei eingekachelte Wannenbäder und 35 Porzellan-Waschbecken (heiß und kalt!) blinkten ihnen einladend entgegen. Dazu paradierten 60 blitzblanke Doppelspinde und eine entsprechende Anzahl Tische und Stühle. Die Frauen schmunzelten nicht minder, denn auch sie hatte man nicht vergessen und ihnen ebenfalls Aufenthalts- u. Umkleidemöglichkeiten geschaffen. Der Tag der Einweihung — ein Montag in der 2. Maihälfte — ist nur der Auftakt für weitere moderne Mannschaftsgebäude. Auf WO und NO entstehen die nächsten, wie man jetzt bereits sehen kann.

. . . und nun geht's rund! Oder?

Kurt Cerny sieht euch schon . . .



thyssenkrupp Corporate Archives

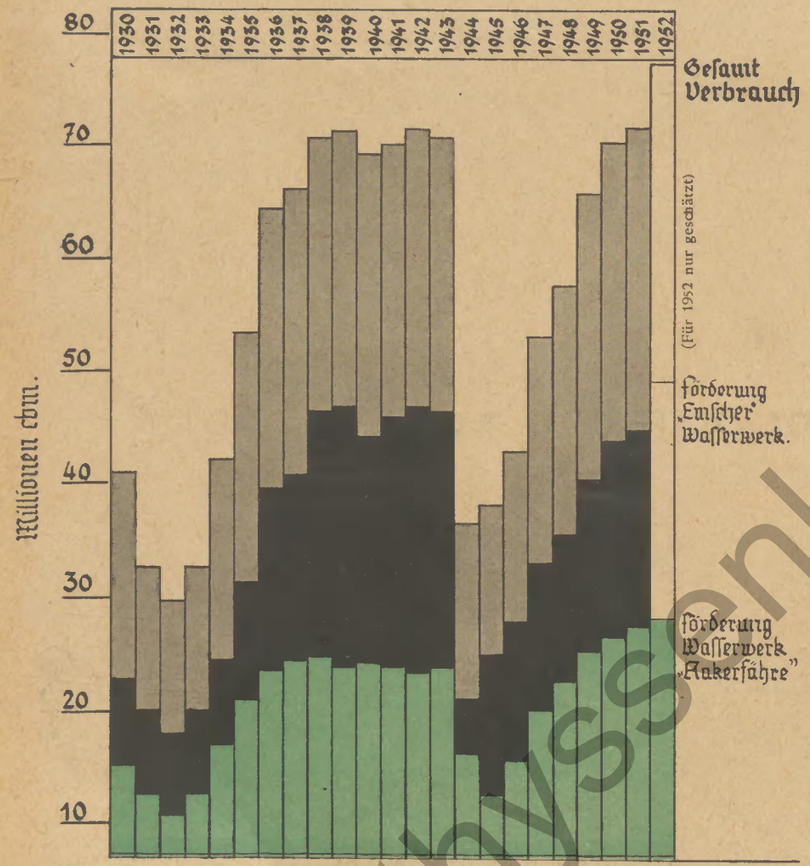




So sieht das Becken I der neuen Kläranlage Emscherwasserwerk aus, das voraussichtlich im Juli in Betrieb genommen werden kann. Der innere Beckendurchmesser beträgt 45 Meter

Kostbarer als man denkt: WASSER /

Zwei neue Kläranlagen im Entstehen begriffen / Wasser, das Element, an das zu wenig gedacht wird / Tropfen an Tropfen verrinnen sinnlos / Ohne Wasser keine Produktion / Hilf mit sparen!



Wasserverbrauchförderung von 1930-1952

Zwei große Wasserwerke, das Emscherwasserwerk, ein Brauchwasserwerk, und das Wasserwerk Aakerfähre, ein Trinkwasserwerk, versorgen das Hüttenwerk, die „Neue Hoffnung" (früher GHH-Bergbau), das Werk Sterkrade der GHH, sämtliche Nebenbetriebe, alle Wohnhaussiedlungen und sogar die Privatabnehmer. Dazu müssen täglich ungeheure Wassermengen gewonnen, aufbereitet und gefördert werden.

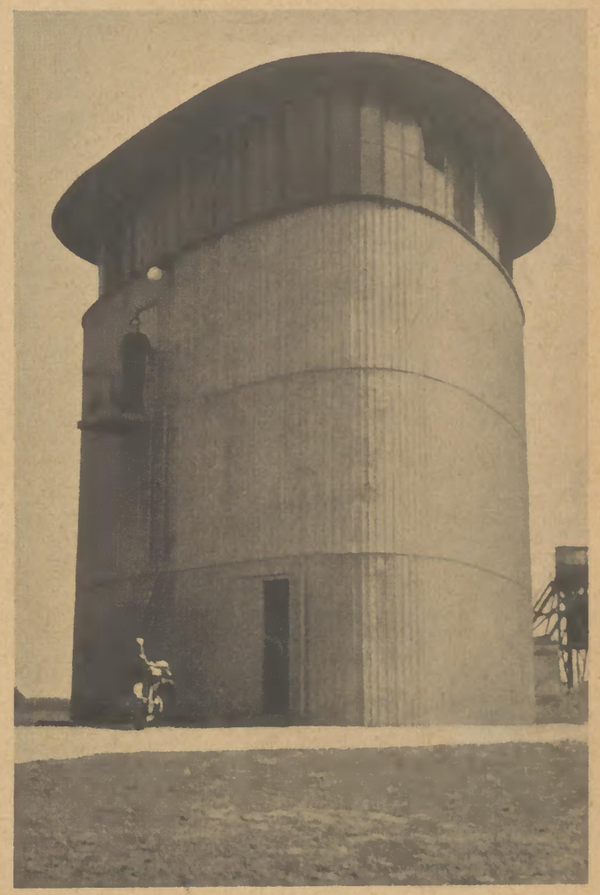
Das, was das Emscherwasserwerk täglich an Brauchwasser fördert, entspricht dem Wasserbedarf einer Großstadt wie München. Seine Förderleistung von täglich 140 000 Kubikmetern liegt zwar über der des Wasserwerks Aakerfähre, das mit seinen täglich 80 000 Kubikmetern jedoch immer noch eine Stadt wie Nürnberg versorgen könnte.

Da aus der Emscher jede gewünschte Menge Wasser entnommen werden kann, die Förderleistung des Emscherwasserwerkes also nur eine Frage der Pumpen und Rohrdurchmesser ist, bleibt das Trinkwasserwerk Aakerfähre das Sorgenkind. Die Abbildung links zeigt die Entwicklung des Wasserverbrauchs und -bedarfs und damit einen stetigen Anstieg. Mit Sicherheit kann angenommen werden, daß bis 1958 infolge der Ausbreitung und Mehrförderung des Bergbaus das Anderthalbfache der jetzigen Förderung erreicht wird. Durch Verbesserung der Wasserversorgungsanlagen, Bau neuer Horizontal-Brunnen (wir errichteten den dritten Brunnen dieser amerikanischen Bauweise, der in Deutschland erstellt wurde) konnte mit dem steigenden Wasserbedarf Schritt gehalten werden. Aber durch diese Anlagen mußte nicht nur der Mehrbedarf gedeckt werden, sondern auch die Minderergiebigkeit des Wassergewinnungsgeländes ausgeglichen werden. Unser Wasservorrat wurde nämlich durch zurückliegende Trockenjahre und Absinken des Grundwasserstandes durch Rheinerosion dezimiert.

Diese wenig erfreulichen Tatsachen zeigen, in welcher Notlage das Werk sich gegenwärtig befindet. Es mußten neue Wege gefunden werden. Der erste Schritt zur Einsparung guten Trinkwassers ist mit dem Neubau der Kläranlage für das Emscherwasserwerk unternommen worden. Das Emscherwasser wird nach Fertigstellung der neuen Anlage mechanisch geklärt, wobei bis zu neunzig Prozent der absetzbaren Stoffe zurückgehalten werden. Das so aufbereitete Emscherwasser kann dann den Verbrauchsstellen zugeführt werden, die auch heute noch das kostbare Trinkwasser benötigen. Andere Maßnahmen, wie die Wiedergewinnung und Wiederverwendung von abfließenden, kaum erwärmten, noch sauberen und nur einmal gebrauchten Wassermengen werden folgen.

Auch in den kommenden Jahren wird trotz aller Nöte der steigende Wasserbedarf durch Neuanlagen, Verbesserungen, eine rationellere Wasserverbrauchslenkung und Überwachung sichergestellt werden können. Erfolgreich wird dieser Kampf um das Wasser jedoch erst sein, wenn zu Hause und im Betrieb jeder Schieber und Hahn bei Nichtgebrauch abgedreht wird. Denn es kommen Tropfen zu Tropfen, und die Tropfen fließen schließlich kubikmeterweise sinnlos davon. Wo aber Wasser fehlt, droht Produktionsausfall!

Text und Bild: Schneider



Rechts: Der Horizontalbrunnen vom Wasserwerk Aakerfähre, dessen eigentümliche Form sich geschickt in das niederrheinische Landschaftsbild einpaßt

thyssenkrupp Corporate Archives

Eisen und Stahl – gestern, heute und morgen

Die deutsche Schwerindustrie und ihre brennendsten Probleme

Auch in diesem Jahre vermittelte der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Hüttendirektor Bruno Fugmann, auf der Mitgliederversammlung am 13. Mai in Düsseldorf einen Überblick über die Situation bei Eisen und Stahl. (Vgl. Nr. 12, Jahrgang 2, des ECHO DER ARBEIT.) Diese Rede, die im In- und Ausland einen außerordentlichen Widerhall fand, wiederholen wir in ihren wesentlichsten Teilen im Wortlaut.

In den vergangenen Jahren hat die deutsche Eisen- und Stahlindustrie die schwerste Periode ihrer Entwicklung durchmachen müssen. Was auf unseren Werken im Zeichen der empfindlichen Produktionsbeschränkungen, der einschneidenden Änderungen der Betriebsstruktur, der wiederum dadurch hervorgerufenen Finanznot, der weitgehenden Preiszügelung und der jahrelangen Verlustwirtschaft tatsächlich geleistet worden ist, das kann eigentlich nur derjenige ermessen, der mitten in all diesen Schwierigkeiten seine tägliche Arbeit zu verrichten hatte. Wenn wir jetzt im Bundesgebiet einen Produktionsstand von etwa 14,5 bis 15 Mill. t Rohstahl jährlich erreicht haben, dann dürfen wir Männer von Stahl und Eisen schon einige Genugtuung darüber empfinden, welche Leistung trotz aller Schwierigkeiten vollbracht worden ist.

Diese Feststellung bedeutet nicht, daß wir irgend einen Anlaß hätten, mit der nun erreichten Position unserer Industrie zufrieden zu sein. Gewiß haben wir in den vergangenen Jahren mit äußerster Anstrengung manches aufholen können, aber wir sind noch weit zurück hinter den anderen Eisenländern, und während wir früher in der „Rangliste" der Welterzeuger auch ohne Saar und Lothringen lange Jahre hindurch an zweiter Stelle gestanden haben, nehmen wir jetzt nur den vierten Platz ein.

Vielleicht ist es ganz lehrreich, einmal darauf aufmerksam zu machen, was zwei verlorene Kriege allein für unsere Eisen schaffende Industrie bedeuten: Im Vergleich zu den letzten Jahren vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges, also bei Gegenüberstellung mit den Verhältnissen vor etwa vier Jahrzehnten, ergibt sich, daß seither Großbritannien, Frankreich und Belgien ihre Rohstahlerzeugung mehr als verdoppeln konnten, daß den Vereinigten Staaten in dieser Zeitspanne eine reichliche Verdreifachung ihrer Erzeugung möglich war, und daß Sowjet-Rußland seine Rohstahlproduktion auf etwa das Achtfache steigern konnte. Demgegenüber hat Deutschland mit der ansehnlichen Produktionssteigerung der letzten Jahre gerade eben den Stand wieder erreicht, den es in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg ohne Lothringen und Saar eingenommen hatte. Ich glaube, daß diese Zahlen die Größe und Schwere der ganzen Aufgabe veranschaulichen, die wir noch vor uns sehen. Wenn wir heute noch auf dem gleichen Niveau stehen wie vor vierzig Jahren, und wenn wir davon ausgehen, daß der Rohstahlverbrauch der Welt erfahrungsgemäß Jahr für Jahr um 3 % steigt, so wird der Rückstand offenbar, den wir noch aufholen müssen, wenn die Gesamtentwicklung unserer gewerblichen Wirtschaft nicht nur Schritt halten soll mit der Zunahme des Volkswohlstandes in anderen Ländern, sondern auch die Versäumnisse wenigstens zum Teil ausgleichen soll, die durch die Ungunst der Verhältnisse leider entstanden sind.

Dabei wird in allen Ländern mit größtem Nachdruck und eherner Folgerichtigkeit an der Erweiterung der Rohstahlkapazitäten gearbeitet. Ich brauche hier nur zwei Zahlen zu nennen: Die Weltstahlerzeugung betrug im verflossenen Jahr rund 209 Mill. t. Nach den Schätzungen der Economic Commission for Europe, also der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO, würden die geplanten Kapazitätserweiterungen in den Vereinigten Staaten, in Europa, Sowjet-Rußland und den neuen Eisenländern bereits im Jahre 1953 eine Stahlerzeugung von nicht weniger als 240 Mill. t zulassen.

Finanzierungsproblem ersten Ranges

Ich nenne alle diese Zahlen in der vollen Absicht, die Bedeutung des Investitionsproblems für die Eisen schaffende Industrie nochmals klar herauszustellen. Gerade unsere Eisen- und Stahlindustrie hat alle Veranlassung dazu, die im Rahmen der OEEC (Organisation for European Economic Cooperation) angestrebte Produktionssteigerung um 25 % bzw. 33⅓ % bis Ende 1955 sicherzustellen. Das ist nach meinem Dafürhalten das Mindestmaß dessen, was die Eisen schaffende Industrie des Bundesgebietes ihrerseits zu der geplanten Mehrung des Sozialproduktes beitragen müßte.

Es scheint mir, daß nicht überall die erforderliche Klarheit darüber besteht, daß wir die Basis unserer Grundindustrien nicht unerheblich erweitern müssen und daß die hierfür erforderlichen Investitionen ein Finanzierungsproblem allerersten Ranges darstellen. Ich muß erneut feststellen, daß sich der nächst übersehbare Investitionsbedarf auf etwa 2,2 bis 2,5 Mrd. Mark beläuft. Diese Summe muß in zwei bis drei Jahren verbaut werden, wenn die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie rechtzeitig den Stand erreichen soll, der es ihr ermöglicht, allen Mengenanforderungen und qualitativen Ansprüchen der Abnehmer zu genügen, vor allem aber im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu bestehen.

Die angegebene Summe kann die Eisen- und Stahlindustrie aus eigenen Mitteln aber nicht aufbringen. Nach Lage der Dinge ist auch nicht damit zu rechnen, daß vom Kapitalmarkt große Beträge in der erforderlichen kurzen Frist zu erhalten sind. Selbst wenn größere Emissionen herausgebracht werden könnten, stünden die Unternehmen der Eisen schaffenden Industrie immer noch im Zeichen einer finanziellen Lähmung durch die Bestimmungen des alliierten Gesetzes Nr. 27. Ich gebe an dieser Stelle meiner sicheren Erwartung Ausdruck, daß durch die Aufhebung dieser Bestimmung sobald wie möglich die volle finanzielle Beweglichkeit unserer Werke wieder hergestellt sein wird.

Das im Rahmen der Investitionshilfe gebildete Kuratorium hat bisher von den Mitteln, die der Eisen schaffenden Industrie aus dieser Hilfsaktion zufließen sollen, über insgesamt 212,5 Mill. DM disponiert. Zu diesem Betrag wollen die Unternehmen der Eisen schaffenden Industrie noch rd. 280 Mill. DM aus eigenen Mitteln zusteuern. In dieser Summe von 280 Mill. DM stecken nun keineswegs nur Gewinne, sondern zu einem großen Teil handelt es sich hierbei um Abschreibungsbeträge, die für die Bauvorhaben im Rahmen der Investitionshilfe abgezweigt werden. Hieraus ergibt sich bereits, daß die Eisen schaffende Industrie in der eigenen Förderung von Investitionen bis an die äußerste Grenze dessen geht, was finanziell eben noch verantwortet werden kann.

Gegenüber einer gegenwärtigen Rohstahlproduktion von überschläglich 14,5 bis 15 Mill. t im Jahr ist als Nahziel für 1953 die Erreichung eines Produktionsstandes von 16,5 Mill. t mit einer entsprechenden Rohstahlkapazität in Aussicht genommen worden. Diese erhöhte Rohstahlerzeugung wird nicht allein durch die Investitionshilfe sichergestellt werden können. Wir werden vielmehr bei den hierfür erforderlichen Investitionen außer den vorhin genannten Beträgen noch Hunderte von Millionen Mark zusätzlich aufbringen müssen, um dieses verhältnismäßig bescheidene Ausbauprogramm zu verwirklichen.

Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge und Notwendigkeiten zwingt zu der Feststellung, daß die Investitionshilfe gar nicht schnell genug in Gang gesetzt werden kann. Um so bedauerlicher ist es, daß diese große Hilfsaktion, die wir voll anerkennen und würdigen, in einem Schneckentempo ohnegleichen eingeleitet wird. Wir können heute noch nicht einmal übersehen, wann die ersten Zahlungen aus der Investitionshilfe tatsächlich geleistet werden. Neuerdings mehren sich sogar solche Forderungen, die auf eine weitgehende Durchlöcherung oder auf eine zeitliche Streckung der Investitionshilfe abzielen. Ich kann hierzu nur erklären, daß, wenn irgendwo die Wendung richtig ist, „Wer schnell gibt, gibt doppelt!", dann die Investitionshilfe am Vorabend der Verwirklichung der Westeuropäischen Montanunion eine Sache von äußerster Dringlichkeit ist. Eine Investitionshilfe, von der wesentliche Teile etwa erst nach zwei bis drei Jahren eingingen, würde, darüber muß man sich klar sein, einfach zu spät kommen.

thyssenkrupp Corporate Archives

Es wäre verhängnisvoll, wenn man sich von der Überlegung leiten ließe, daß es nach Herstellung eines gemeinsamen Marktes innerhalb der Westeuropäischen Montanunion gleichgültig sein könnte, wo Stahl hergestellt wird und seine erste Bearbeitung erfährt. Ich erwähne hier als Beispiel nur die Verhältnisse auf dem Flachstahlgebiet, wo uns durch Abbruch des einzigen vollkontinuierlichen Breitbandwalzwerkes die modernste Einrichtung genommen wurde, während rings um uns, großenteils mit amerikanischer Hilfe, hochmoderne Breitbandwalzwerke entstehen. Solange wir nicht volluniierte Volkswirtschaften oder zumindest eine regelrechte Währungsunion haben, ist die Frage, wo was hergestellt wird, nicht nur eine rein kaufmännische oder standortbedingte Frage, vielmehr darüber hinaus ein wesentliches Teilproblem der Währungssicherung und der Sorge um das Sozialprodukt. Wenn ich die deutsche Feinblecherzeugung nur mit 1 Mill. t jährlich beziffere und von einem Tonnenwert von nur 700 DM ausgehe, so bedeutet die Existenzsicherung allein dieses einen Zweiges unserer Eisen schaffenden Industrie die Sicherung eines Produktionsvolumens von mindestens 700 Mill. DM im Jahr. Die Niederkonkurrierung nur dieses Sektors würde nicht nur das Sozialprodukt schmälern, sondern wegen unvermeidbarer Importnotwendigkeiten und ebenso zwangsläufig eintretender Exportausfälle ein Devisenproblem von großer Tragweite aufrollen.

Ich erwähne dieses eine Beispiel als reine Hypothese, um klarer darzulegen, worum es bei den Investitionen, bei unseren Bemühungen um die technische Vervollkommnung unserer Werke geht und vor welchen Aufgaben unsere Ingenieure und Kaufleute stehen, um Kosten und Preise so niedrig wie möglich zu halten und die Wettbewerbskraft zu sichern.

Mit der neuen Preisregelung, die am 10. April d. J. in Kraft getreten ist, haben wir einen bedeutenden Wendepunkt in der Nachkriegsentwicklung erreicht. Ich sehe mich veranlaßt, hier mit aller Eindringlichkeit zu erklären, daß uns diese Preiserhöhung selber höchst ungelegen gekommen ist. Aber wieder einmal sind die Verhältnisse stärker gewesen als wir, und die uneingedämmte Flut der Kostenverteuerungen hat uns einfach gezwungen, einen Ausgleich in den Preisen zu beantragen und herbeizuführen.

Im ganzen kann ich hier nur feststellen, daß das Bestreben, den Kreis der noch preisgebundenen Produkte enger zu ziehen, uns eine ganze Menge Geld gekostet hat und auch die Allgemeinheit in höchst unerwünschter Weise belasten wird. Ob die Kostenentwicklung, die zu dem erneuten Preisausgleich für Eisen und Stahl geführt hat, vor allem die zügellose Steigerung der Preise am Schrottmarkt, wirklich zwangsläufig und unvermeidbar war, wollen wir dahingestellt sein lassen. Was von unserer Seite getan werden konnte, um die Kostensteigerungen abzuwenden, ist geschehen. Aber man kann nicht Unmögliches von uns erwarten.

Der Preisausgleich, der uns zugebilligt wurde, ist wiederum knapp bemessen. Dennoch stehen wir heute vor der Situation, daß die Eisen schaffende Industrie des Bundesgebietes keinen Preisvorsprung gegenüber den Hauptwettbewerbsländern mehr besitzt, und diese Erkenntnis ist niederdrückend, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß in den meisten Ländern die Eisen- und Stahlindustrie gegenwärtig in der Lage ist, die investierten Kapitalien gut zu verzinsen, d. h. also: guten Ertrag abzuwerfen, und daß anderseits beispielsweise in den Vereinigten Staaten wesentlich höhere Löhne gezahlt werden als bei uns. Das zeigt uns den Weg, den wir zu gehen haben, wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen wollen. Wir sind jetzt mehr denn je dazu gezwungen, die technische Ausrüstung unserer Werke zu verbessern und zu vervollkommnen und die Wirtschaftlichkeit zu heben.

Jede weitere Kostenverteuerung, die von nun ab eintritt, bedeutet für unsere Industrie eine ungeheure Gefahr. Wir Kaufleute haben von jeher auf Marktgegebenheiten Rücksicht genommen bei Festsetzung unserer Preise. Aber wir werden von nun ab in noch viel höherem Maße von der Marktsituation abhängig sein als bisher. Mit anderen Worten: Wir können künftig und solange die heutigen Preisrelationen zum Ausland bestehen bleiben, die Preisbildung bei weitem nicht wie in dem bisherigen Maße vorwiegend von den Kosten bestimmen lassen.

Ich halte es für eine wichtige Aufgabe der Bundesregierung, uns in dem Bestreben zu unterstützen, die Kosten- und Preisentwicklung in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen zu halten. Man kann das von uns für richtig gehaltene System der gebundenen Preise nicht beibehalten, wenn man der Kostenentwicklung ihren freien Lauf läßt. So hoffen wir, bei der nun gegebenen höheren Marktabhängigkeit unserer Industrie künftig auch die volle Unterstützung aller Kreise der Regierung bei der Abwehr von weiteren Kostenverteuerungen zu finden.

Im anderen Fall würden wir riskieren, unsere Wettbewerbsfähigkeit in noch höherem Maße zu schwächen oder sie sogar völlig einzubüßen. Ich bin auch der Meinung, daß eine vernünftige Wirtschaftspolitik danach trachten müßte, die Wiederkehr höchst ungesunder Preisverhältnisse zu verhindern, wie sie in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen bestanden haben. Wir dürfen nicht zurückkehren zu der völlig unnatürlichen Lage, daß wir wichtige Grundstoffe, wie z. B. Kohle und Eisen, 20, 30, 40 und mehr Prozent billiger an das Ausland abgeben als an den Verbraucher, der hier bei uns im Inland neben dem Schacht oder der Hütte produziert. Nach meinem Dafürhalten sollten wir vermeiden, mit solchen Behelfslösungen, wie z. B. den AVI-Rückvergütungen oder den Syndikatsumlagen, steile Gefälle zwischen Inlandspreisen und Auslandspreisen bei den Grundstoffen künstlich zu erhalten. Wir müssen vielmehr danach trachten, bei unseren Preisen im Inland auf der Ebene zu bleiben, die uns durch die Rücksicht auf den internationalen Wettbewerb und durch Abstimmung auf das Preisniveau im Ausland vorgeschrieben ist.

Überdies glaube ich, daß wir uns beizeiten auf eine Preisentwicklung einrichten sollten, die viel wechselvoller verlaufen wird als in den hinter uns liegenden Jahrzehnten. Wir müssen sowohl auf dem Gebiet der Preise als auch auf dem der Kosten die größtmögliche Elastizität entwickeln, um alle notwendigen Anpassungen mit der gebotenen Beschleunigung vornehmen zu können. Es will mir scheinen, als seien die internationalen Warenmärkte unter dem Einfluß der Vereinigten Staaten und nach Fortfall vieler großer Rohstoffpools wesentlich reagibler geworden als in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen. Jedenfalls legen die Erfahrungen der beiden letzten Jahre eine solche Annahme nahe. Ob Eisen und Stahl hiervon ausgenommen bleiben können, muß ich bezweifeln. Ich glaube, wir sollten für federnde Sprunggelenke sorgen.



Bruno Fugmann

Gute Aussichten für unsere Industrie

Wenn wir für gute Anpassungsfähigkeit, kaufmännische Geschmeidigkeit und technische Fortschrittlichkeit sorgen, glaube ich, daß wir die Zukunft nicht zu fürchten brauchen. Ungeheure Aufgaben des Wiederaufbaues liegen allein im Inland vor. Die Wiedervereinigung mit den Ostgebieten wird zusätzlich ganz bedeutende Eisen- und Stahlmengen von uns verlangen. Es wird in diesem Zusammenhang vielleicht interessieren, daß der Investitionsbedarf einer mit der Weltwirtschaft stärker verflochtenen deutschen Landwirtschaft von Agrarexperten allein auf 20 bis 30 Mrd. DM veranschlagt worden ist. Daß hierbei einige Milliarden allein auf den Eisen- und Stahlsektor entfallen, brauche ich nicht zu betonen. Für die Landwirtschaft Westeuropas ist der entsprechende Investitionsbedarf mit nicht weniger als 100 Mrd. DM angegeben. Aber wieviele andere große Projekte industrieller Art harren in aller Welt noch der Verwirklichung! Ich glaube, daß wir gute Gründe dafür haben, auf lange Zeit die Aussichten für unsere Eisen schaffende Industrie günstig zu beurteilen, daß wir uns anderseits aber auch vollauf darüber im klaren sein müssen, daß gerade die nächsten Jahre uns vor besonders schwierige Aufgaben stellen werden. Vor allem werden uns die Umstellungsnotwendigkeiten vor und nach Bildung des gemeinsamen Marktes im Gebiet der Westeuropäischen Montanunion viel zu schaffen machen.

Krupp Corporate Archives

Die Wirtschaftsvereinigung hat bei verschiedenen Gelegenheiten ihre positive Einstellung zum Schumanplan zum Ausdruck gebracht, und zwar schon vor zwei Jahren, einen Tag nach Verkündung des Vorschlags durch den französischen Außenminister. Inzwischen hat uns die ganze Problematik, die in der Bildung eines so revolutionären Gebildes liegt, wie es die Montanunion darstellt, immer wieder beschäftigt. Wir haben sowohl im Ablauf der Pariser Verhandlungen als auch in den weiteren Stadien nach Paraphierung des Vertrages durch die Außenminister der sechs beteiligten Mächte auf die großen Vorteile wie aber auch auf die Bedenken hingewiesen, die in dem Vertragswerk und in den darin beschlossenen Möglichkeiten liegen. Die Montanunion kann den Anfang eines vereinigten Europas und zugleich die Grundsteinlegung für die Fortschritte und die Erweiterung der europäischen Wirtschaft darstellen. Voraussetzung hierfür ist, daß alle Partner gleichberechtigt an der Union teilnehmen können und daß Diskriminierungen jeglicher Art, insbesondere solche aus politischen Beweggründen, unterbleiben.

Es wird die Aufgabe der neun Männer der Hohen Behörde sein, hierfür zu wachen und bei ihrer Arbeit neben politischer Weisheit vor allem wirtschaftliche Überlegungen obwalten zu lassen. Je stärker sich die Hohe Behörde an diesen Grundsatz halten wird, um so größer wird der Dienst sein, den sie bei Befolgung dieses Grundsatzes für die politische Idee einer Vereinigung Europas erbringen kann.

Die Rohstoff-Grundlagen

KOHLE Unseren Bemühungen, die Eisen- und Stahlerzeugung allmählich dem nach wie vor hohen Bedarf anzupassen, stellte sich als starkes Hindernis immer wieder die Kohlenknappheit entgegen. Der deutsche Kohlenbergbau konnte im vergangenen Jahr seine Förderung um 8 %, die Erzeugung der Zechenkokereien sogar um 23 % steigern. Diese Zunahme der Produktivität des Kohlenbergbaus ist aber der Eisen schaffenden Industrie leider nicht zugute gekommen: Unsere Hochofenwerke haben 1951 im Gegenteil 13 % weniger an inländischem Hochofenkoks erhalten als im Jahre zuvor. Sie werden sich erinnern, daß die Eisen schaffende Industrie sehr plötzlich vor eine einschneidende Kürzung ihrer Kohlenzuteilung gestellt wurde, und daß damit eine geradezu katastrophale Lage entstehen mußte.

Wir hatten einfach nur die Wahl zwischen weitgehenden Betriebseinschränkungen mit ihren abträglichen sozialen Folgeerscheinungen oder einer anderweitigen Brennstoffbeschaffung, selbst auf die Gefahr hin, daß dafür sehr viel höhere Kosten aufzuwenden sein würden. Wir haben uns zu dem zweiten Ausweg entschlossen in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung für die Beschäftigung so vieler tausender Menschen, die in der Eisen schaffenden Industrie ihr Brot verdienen. Es wurden unverzüglich Schritte eingeleitet, um amerikanische Kohle zu importieren, obschon der Preis für diese Importkohle weit mehr als das Doppelte des Inlandpreises ausmachte. So gelang es im vergangenen Jahr, trotz der Minderbelieferung mit inländischem Koks insgesamt doch noch 17 % mehr Koks zur Erhöhung der Eisen- und Stahlproduktion einzusetzen. Zu dem Dilemma der nicht ausreichenden Versorgung mit Brennstoffen kam aber sehr bald eine weitere Kalamität: Wir mußten aus Versorgungsgründen den Verbrauch an Hochofenschrott einschränken und dadurch eine Möllerverschlechterung in Kauf nehmen, die ihrerseits wiederum einen nicht unwesentlich höheren Koksverbrauch je Tonne Roheisen verursachte. Ein relativ stärkerer Koksverbrauch je Tonne Rohstahlerzeugung ergab sich im übrigen aber auch noch daraus, daß der Roheiseneinsatz bei der Stahlgewinnung infolge des Schrottmangels gesteigert werden mußte. Unter diesen Umständen will es gewiß etwas heißen, wenn festgestellt wurde, daß wir ohne die Einfuhr von US-Kohlen im vergangenen Jahr rund 2,5 Mill. t Rohstahl (Rohblöcke) weniger hergestellt haben würden.

Dabei ließen sich die Importe amerikanischer Kohle auch nicht etwa beliebig steigern. Intensivste Bemühungen mußten unternommen werden, um im Rahmen der OEEC-Planung eine einigermaßen befriedigende Festsetzung der deutschen Quote für die Einfuhr von US-Kohlen zu erreichen. Nicht alle OEEC-Länder befanden sich in der gleichen Zwangslage wie wir. Während die Bundesrepublik die ihr für das zweite Halbjahr 1951 zugemessene Einfuhrquote von 4,5 Mill. t nicht unwesentlich überschreiten mußte, haben die OEEC-Länder ihre Einfuhrquoten im Durchschnitt nur zu etwa vier Fünfteln ausgenutzt. Übersetzte Einfuhrquotenansprüche einzelner Staaten gefährdeten auf diese Weise die Befriedigung der Minimalbedürfnisse anderer Länder. Hier liegt ein Beispiel dafür vor, daß die westeuropäische Gemeinschaftsarbeit doch erst langsam zu dem gewünschten Erfolg kommen kann.

Abgesehen von den Schwierigkeiten einer rechtzeitigen Beschaffung und Finanzierung des notwendigen Schiffsraums waren auch im Inland beträchtliche Hemmnisse zu überwinden. Eine über das normale Maß weit hinausgehende Auslastung der Zechenkokereien sowie der volle Einsatz der Hüttenkokereien und schließlich die Inanspruchnahme zahlreicher Gasanstalt-Kokereien waren erforderlich, um die eingeführte Kohle in Koks umzuwandeln. Es bedurfte einer engen Zusammenarbeit zwischen Importeuren, Werken und Kohlenbergbau, die sich, wie ich heute mit Befriedigung feststellen darf, in ganz vorbildlicher Weise entwickelt hat.

Wir sind auch im laufenden Jahre nicht in der Lage, auf die US-Kohlen zu verzichten, wenngleich erfreulicherweise der US-Koksanteil zur Zeit etwa 15 % geringer liegt als im 2. Halbjahr 1951. Grundsätzlich muß diese Kohleeinfuhr nach Deutschland als unnatürlicher und unwirtschaftlicher Notbehelf empfunden werden, von dem wir uns — je eher desto besser — befreien müssen. Nicht unerwähnt lassen möchte ich in diesem Zusammenhang, daß die durch die US-Kohleeinfuhr entstehenden Mehrkosten etwa 7 % des heutigen Grundpreises für Stabstahl ausmachen. Sowohl wegen Deckung des Bedarfs der eigenen Volkswirtschaft wie auch der Mitversorgung westeuropäischer Länder messen wir der beschleunigten Leistungssteigerung des deutschen Kohlenbergbaus größte Bedeutung bei. Die Eisenindustrie hat, soweit es in ihren Kräften stand, die Ausbaupläne des Bergbaus tatkräftig durch bevorzugte Stahllieferungen unterstützt und wird es weiterhin tun. Das gilt auch hinsichtlich der Materialbeschaffung für die Verstärkung der Kokereikapazitäten. Hieran ist der Eisen- und Stahlindustrie ganz besonders gelegen, und zwar nicht nur wegen des empfindlichen Koksmangels, sondern auch, weil die deutsche Koksgasversorgung bekanntlich noch auf schwachen Füßen steht und in den Wintermonaten alljährlich die Stahlerzeugung und -verarbeitung in mehr oder minder starkem Maße hierdurch beeinträchtigt wird.

Es ist bekannt, daß die Ausbaupläne des Kohlenbergbaus — wie auch der Energiewirtschaft — den Einsatz erheblicher Mittel erfordern, deren Bereitstellung eine gesunde Ertragsgrundlage voraussetzt. Daher hoffe ich, daß die schon lange schwebende Neufestsetzung des Kohlenpreises in den nächsten Tagen verwirklicht wird. Es ist zu begrüßen, daß jetzt nicht nur die verwirrende Spitzenkohlenregelung ihr Ende findet, sondern überhaupt jegliche Preisspaltung für deutsche Kohle beseitigt wird. Durch die Aufhebung der Preisänderungsklauseln für Strom, Gas und Wasser ist auf energiewirtschaftlichem Gebiet ein Schritt zur freien Marktwirtschaft hin getan, den ich an sich begrüße, um so mehr, als Vereinbarungen zwischen den Spitzenorganisationen der Industrie und der Energiewirtschaft untragbaren Entwicklungen entgegenwirken wollen; darüber hinaus wird allerdings für die Eisen schaffende Industrie unter Umständen ein besonderer Schutz notwendig sein, solange der Eisenpreis gebunden ist.

ERZ Unser wichtigster Rohstoff neben der Kohle ist und bleibt das Erz. Sein Gewicht für die Eisen- und Stahlgewinnung hat durch den zurückgehenden Schrottverbrauch noch zugenommen, und zwar ist der Einsatz von Erzen sowohl bei den Inlands- als auch bei den Auslandserzen stärker gestiegen. Die Einfuhr von Auslandserzen über die Seehäfen, die in den Jahren 1949 und 1950 nur 4 bzw. 5 Mill. t ausmachte, ist im verflossenen Jahr auf beinahe 8 Mill. t angestiegen. Darüber hinaus wurden über die trockene Grenze luxemburgische Minette, österreichisches Rösterz und sonstige Schmelzstoffe in geringerem Umfang bezogen.

Die Einstandskosten der Auslandserze erfuhren auch im vergangenen Jahr wieder eine beträchtliche Steigerung, und zwar sowohl durch die Erhöhung der fob-Preise als auch durch die ungewöhnliche Steigerung der Seefrachtraten, die alleine vom Januar bis Herbst 1951 um 60 bis 150 % kletterten. Für

thyssenkrupp Corporate Archives

die Standardsorte der Schwedenerze, das Kiruna-D-Erz, ergab sich gegenüber dem Abschlußpreis von 1950 bereits eine Verteuerung um rund 57 % für die zweite Jahreshälfte 1951. Bei den Abschlüssen für das erste Halbjahr 1952 ist eine weitere Erhöhung um mehr als 10 % eingetreten.

Die im abgelaufenen Jahr um nicht weniger als 29 % (auf rund 13 Mill. t) gesteigerte Förderung an Inlandserzen konnte von unseren Werken voll aufgenommen werden. Dabei erfuhren die Erzbestände bei den heimischen Erzgruben wie auch bei den Hütten eine weitere Verringerung.

Nach gemeinsamen Überlegungen und in erfreulicher Gemeinschaftsarbeit zwischen Inlandserzbergbau und Hüttenwerken konnte der Ausbau der Vorbereitungs- und Aufbereitungsanlagen wieder vorangetrieben werden. Damit ist bei manchen Gruben eine nicht unwesentliche Verbesserung der Erzqualität erreicht worden. Weitere Planungen vor allen Dingen auch hinsichtlich einer Steigerung und Verbesserung der Erzaufbereitung sind in Aussicht und z. T. schon in Angriff genommen worden. Um die hierfür erforderlichen Geldmittel rechtzeitig bereitstellen zu können, planen die Hochofen- und Stahlwerke eine entsprechende Umlage aufzubringen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß wir die Hoffnung haben dürfen, unseren Bedarf an Auslandserzen in diesem Jahre, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, decken zu können. Dabei wird allerdings ein scharfer Rückgriff auf die Werksvorräte unvermeidlich sein. Bei den in Gang befindlichen Aufschlußarbeiten für große neue Erzvorkommen ist anzunehmen, daß die US-Werke schon im nächsten Jahre geringere Ansprüche an diejenigen Auslandserzgruben stellen werden, die von jeher das Reservat der westeuropäischen Eisenhersteller waren. Auch der Ausbau der Erzförderung in Lappland, der voraussichtlich schon im nächsten Jahre im gewissen Umfang wirksam werden wird, berechtigt zu der Hoffnung, daß die Versorgung mit Auslandserzen 1953 eine gewisse Erleichterung erfährt.

SCHROTT

Die Schrottversorgung unserer Werke war und ist ein Gegenstand schwerer Sorgen. Wie Sie wissen, ist das Aufkommen an Trümmerschrott immer geringer geworden. Infolgedessen verminderte sich die Belieferung unserer Hochofen- und Stahlwerke mit Fremdschrott im Monatsdurchschnitt von 500 000 t im Jahre 1950 auf nur noch rund 370 000 t im Jahre 1951. Nur dank der Tatsache, daß es gelang, unsere Schrottausfuhr zu senken, konnte die Belieferung unserer schrottverbrauchenden Werke annähernd gehalten werden. Die nur wenig verringerte Belieferung mit Fremdschrott ist aber bei einer stark zunehmenden Rohstahlerzeugung in ein immer größeres Mißverhältnis zu dem effektiven Bedarf geraten. Wir haben versucht, uns dadurch zu helfen, daß wir den Schrotteinsatz im Hochofen sehr stark verringert und nun wieder auf ein normales Maß zurückgebracht haben. Darüber hinaus wurde auch der Einsatz von Stahleisen in der SM-Stahlgewinnung gefördert und ebenso dem Duplex-Verfahren erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Entwicklung in diesem Frühjahr mit den weit übersetzten Schrottpreisen auf dem grauen und schwarzen Markt wird mit einer gewissen Vorsicht zu beurteilen sein. Das auf etwa 400 000 t im Durchschnitt der Monate Januar bis März erhöhte Schrottaufkommen erweist sich z. T. als unecht, weil die Händlerläger allein in den beiden ersten Monaten dieses Jahres um 150 000 t abgenommen haben. Überdies haben von der angegebenen Monatsmenge im Durchschnitt 28 000 t in den Export geschickt werden müssen.

Die Bestandsentwicklung bei den Hochofen- und Stahlwerken zeigte einen Rückgang von Anfang bis Ende 1951 von 488 000 t auf 213 000 t. In dieser Entwicklung verbergen sich: eine starke Überschreitung der amtlichen Schrotthöchstpreise, Schwarzverkäufe und Schwarzeinkäufe, Kompensationsgeschäfte usw. Um überhaupt die Produktion halten bzw. steigern zu können, konnten sich die Verbraucherwerke nicht zuletzt aus sozialpolitischen Gründen dieser bedauerlichen Entwicklung nicht entziehen. Bundesregierung und Landesregierungen konnten die Verstöße gegen die Höchstpreisanordnung entweder überhaupt oder nicht rechtzeitig oder nicht ausreichend ahnden. So stiegen praktisch die Schrottpreise, nachdem sie im Mai 1951 etwa noch auf der Höhe der amtlichen Höchstpreise lagen, fortlaufend so stark an, daß sie gegen Ende März 1952 stellenweise mehr als eine Verdoppelung erreichten.

Unsere ständigen Bemühungen seit Herbst 1951, den Schrottmarkt zu ordnen, litten erheblich unter grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ämtern, dem Handel und uns. Erst vor vier Wochen traf der Bundesminister für Wirtschaft die Entscheidung, die Schrottpreise aus der behördlichen Regelung zu entlassen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Verbraucher eine Schrottvermittlungs-GmbH. gründen und ihren Einkauf an Hochofen- und Stahlwerksschrott nur noch über diese Stelle tätigen.

Dank den Bemühungen, dem persönlichen Einsatz und der geschickten Vermittlung einsichtiger Vertreter des Schrotthandels, insbesondere von Herrn Siegfried Seelig, und dank dem ganz besonderen Aufwand an Zeit und Energie, den unser Kollege Goergen diesen wichtigen Aufgaben erfolgreich gewidmet hat, konnte endlich die Schrottvermittlungs-GmbH. gegründet und der Bedarf der Hochofen- und Stahlwerke für zunächst zwei Monate fest eingedeckt werden. Dabei wurde auch das Ziel erreicht, die Schraube der ständigen Schrottpreissteigerungen endlich zum Stillstand zu bringen.

*

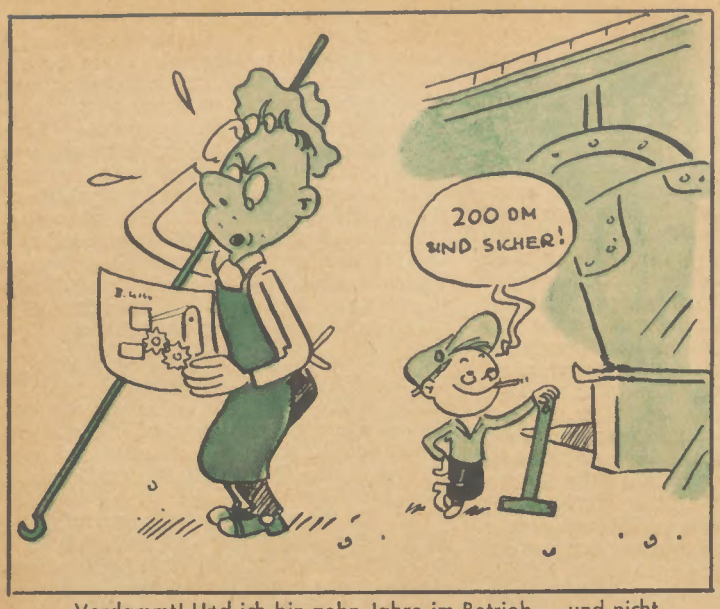
Unsere diesjährige Mitgliederversammlung findet noch statt unter der eingeschränkten Souveränität unserer Bundesrepublik. Ich habe die Hoffnung, daß wir die nächste Mitgliederversammlung in voller nationaler Freiheit und Unabhängigkeit werden abhalten können.

Bruttolohnabrechnung - Neuer Lohnarten-Schlüssel

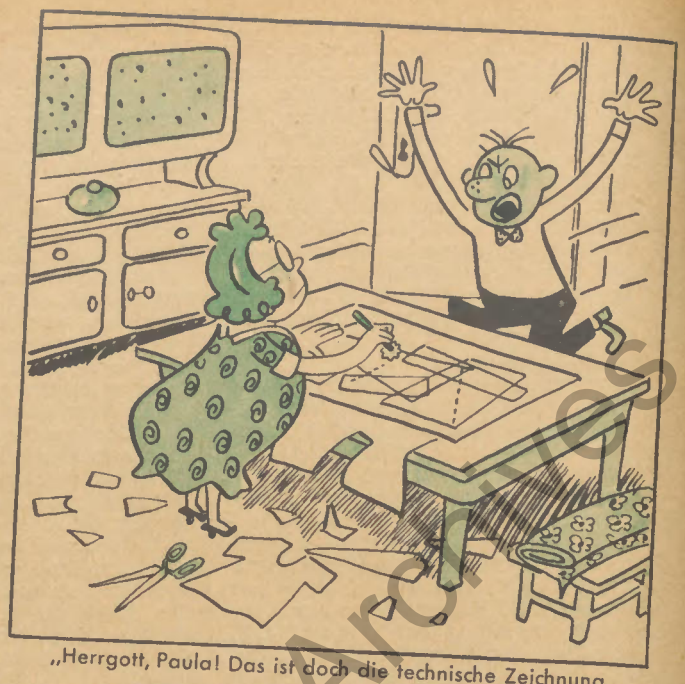
Die tarifliche Neuregelung der Bezahlung von Feiertagsarbeit an bestimmten Feiertagen mit 150 Prozent, erforderte eine Ergänzung des von der Hollerith-Abteilung herausgegebenen Lohnarten-Schlüssels. Der auf der Rückseite der Lohnabrechnung aufgeführte Lohnarten-Schlüssel ist daher für die Dauer von etwa drei Monaten bis zum Verbrauch der noch auf Vorrat liegenden Lohnabrechnungen ungültig. Deshalb geben wir hier den neuen, gültigen Lohnarten-Schlüssel bekannt.

Lohnart	Erläuterung
01	Gruppenakkord in Normal-Std.
02	„ „ 50% „
03	„ „ 100% „
04	„ „ 150% „
11	Einzelakkord in Normal-Std.
12	„ „ 50% „
13	„ „ 100% „
14	„ „ 150% „
21	Akkord-Abschlag in Normal-Std.
22	„ „ „ 50% „
23	„ „ „ 100% „
24	„ „ „ 150% „
27	Akkord-Abschl.-Abz. in Normal-Std.
28	„ „ „ „ 50% „
29	„ „ „ „ 100/150% „
31	Gedinge-Anteil in Normal-Std.
32	„ „ „ 50% „
33	„ „ „ 100% „
34	„ „ „ 150% „
35	Gedinge-Lohn in Normal-Std.
36	„ „ „ 50% „
37	„ „ „ 100% „
38	„ „ „ 150% „
41	Prämien-Lohn in Normal-Std.
42	„ „ „ 50% „
43	„ „ „ 100% „
44	„ „ „ 150% „
45	∅-Lohn in Normal-Std.
46	„ „ „ 50% „
47	„ „ „ 100% „
48	„ „ „ 150% „
49	Produktionsprämie — Feste Zulage für Akkord-Arbeit
51	Zeitlohn in Normal-Std.
52	„ „ 50% „
53	„ „ 100% „
54	„ „ 150% „
61	Erschwerniszulagen in Normal-Std.
62	„ „ 50% „
63	„ „ 100% „
64	„ „ 150% „
71	Prämien-Sonderzahlungen-Meistervertretung in Normal-Std.
72	Prämien-Sonderzahlg. in 50% Std.
73	„ „ „ 100/150% „
74	Nachzahlungen in Normal-Std.
75	„ „ 50% „
76	„ „ 100/150% „
77	Rückzahlungen in Normal-Std.
78	„ „ 50% „
79	„ „ 100/150% „
81	Bezahlte Ausfallstd. in Normal-Std.
82	„ „ „ 50% „
83	„ „ „ 100% „
84	„ „ „ 150% „
85	Tarifurlaub
86	Feiertagsbezahlung
87	Urlaubsabgeltung
91	Soziallohn
97	Mehrarbeitszuschlag mit 25%
98	„ „ 50%

thyssenkrupp Corporate Archives



„Verdammt! Und ich bin zehn Jahre im Betrieb — und nicht daraufgekommen!!"



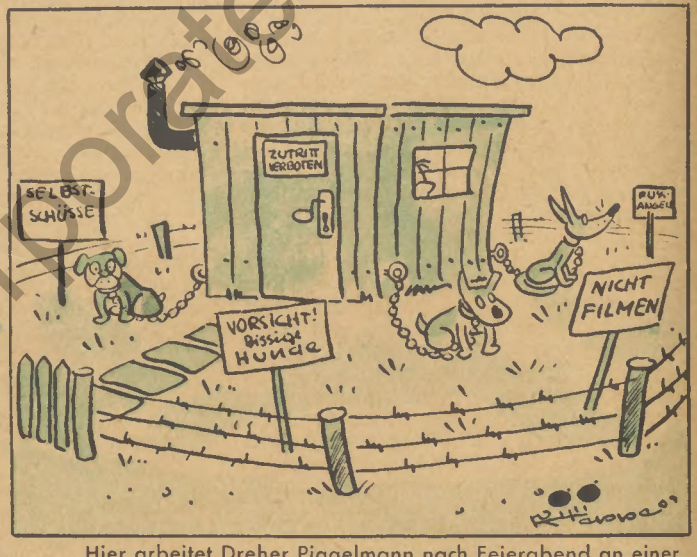
„Herrgott, Paula! Das ist doch die technische Zeichnung meines Verbesserungsvorschlages und kein Schnittmusterbogen!"

ERFINDER am Werk

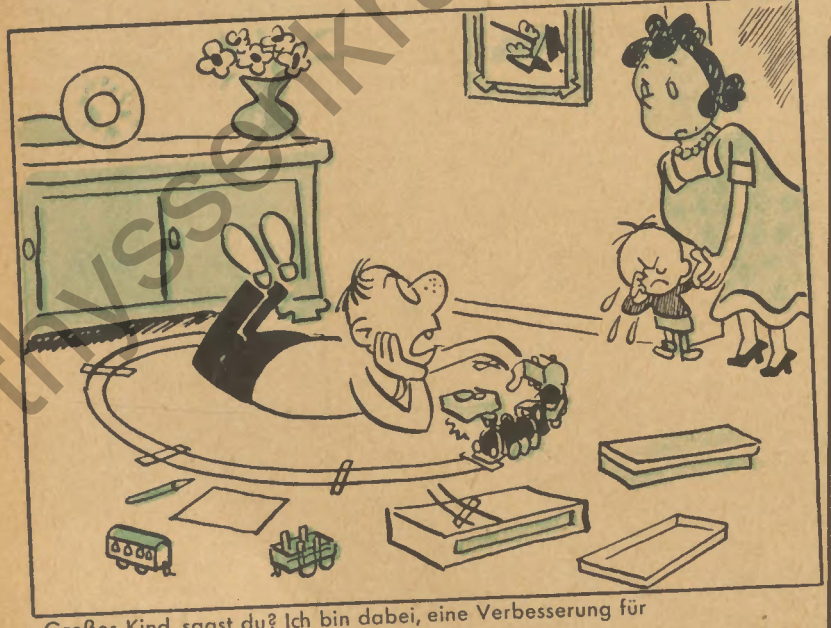
Belauscht von WILLI KLEPPE



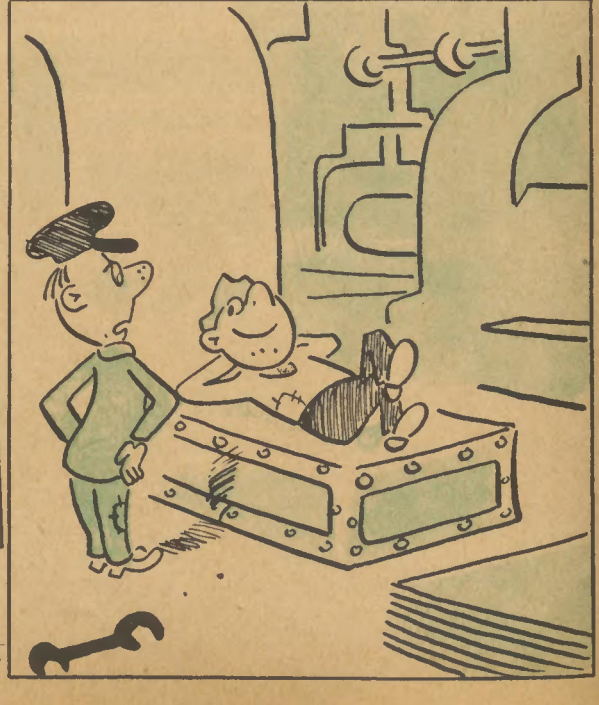
„Ich habe einen Vorschlag ausgearbeitet, der die Lohnabzüge rapide kürzen kann!"



Hier arbeitet Dreher Piggelmann nach Feierabend an einer epochemachenden Verbesserung



„Großes Kind, sagst du? Ich bin dabei, eine Verbesserung für unsere Werkseisenbahn auszuknobeln!"



„Schon zwei Stunden bin ich fertig — Meister — soviel Zeitersparnis hat mein Vorschlag eingebracht!"

thyssenkrupp Corporate Archives